

Politische Willkür bei Chancengleichheit

Wilfried Müller am 19.2.2021

Eine Gruppe von deutschen Grünen-Abgeordneten möchte das Grundgesetz ergänzen: "Der Staat gewährleistet Schutz gegen jedwede gruppenbezogene Verletzung der gleichen Würde aller Menschen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Zudem fordert die Gruppe ein Ministerium für Gesellschaftlichen Zusammenhalt, in dem die Themen Antidiskriminierung, Frauen, Einwanderung, Migration und Flucht, Queerpolitik, Behindertenpolitik, Familie, Senioren, Jugend und Demokratieförderung gebündelt werden sollen. Darüber hinaus sollen die Themen Antidiskriminierung, Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Zusammenhalt auch als Gemeinschaftsaufgabe und Querschnittsthema in allen Ministerien bearbeitet werden, und es soll bessere Klagemöglichkeiten geben. Die Information stammt aus einem Positionspapier von Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneten der Grünen, das bei ZEIT ONLINE exklusiv besprochen¹ wurde.

Wie viel Willkür bei solchen Anliegen bereits im Spiel ist, zeigen zwei andere Artikel vom selben Tag (19.2.) im BERLINER TAGESSPIEGEL² und in der NEUEN ZÜRICHER ZEITUNG³. Der Tagesspiegel berichtet, dass Berlin als erstes Bundesland eine Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus einführt, denn in Deutschland wird jeden zweiten Tag eine muslimische Stätte angegriffen. In der NZZ kann man lesen, dass allein in Berlin ca. alle anderthalb Tage ein Einsatz gegen Clans durchgeführt werden muss. Von einer Expertenkommission gegen Clans ist allerdings keine Rede.

Darin zeigt sich, wie auch in vielen anderen Fällen, eine bedenkliche Schiefelage. Nur ein weiteres Beispiel vom selben Tag, das in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG⁴ zu lesen war. Da hieß es absolut diskriminierend, "Rechtsextreme Gewalt macht weiße Menschen nicht wütend genug", und "Das muss sich ändern." Solche Rassismusbekämpfung ist links- und religionsblind. Dasselbe gilt für den Kampf contra Diskriminierungen oder Disparitäten und pro Chancengleichheit.

Die folgende Argumentation verwendet Inhalte aus den Leserkommentaren des Zeit-Online-Artikels. Es geht dabei nicht nur um die Links- und Religionsblindheit. Die Willkür äußert sich auch in der totalitären Einmischung, welche diese grüne Politik anstrebt, und am grundlegenden Grünen-Problem, dass sie ständig daran arbeiten, den Overhead zu vergrößern, bis letztlich das Ziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts konterkariert wird.

Links- und Religionsblindheit

Es ist immer wieder frappierend zu sehen, wie selektiv hier vorgegangen wird, und wie Tatsachen ausgeblendet werden: Die schwerste Diskriminierung wird durch Immigranten nach Deutschland heringetragen, die ihren Frauen menschenfeindliche Lebensumstände aufzwingen und ihre Kinder durch Beschneidung passgerecht machen. Damit sind natürlich nicht pauschal alle angesprochen, sondern nur die, welche ihre voraufklärerische Kultur, ihre menschenfeindliche Religion und ihren emanzipatorischen Rückschritt auch hier leben wollen, die unsere Kultur verachten ("benimm dich nicht wie eine Deutsche!"), die Parallelgesellschaften und Gegenkulturen schaffen.

In der grünen und der linken Agenda kommen die schlicht nicht vor. Die Chancengleichheit von unterdrückten muslimischen Frauen ist da kein Thema. Daran sieht man, wie willkürlich es ist.

Totalitäre Einmischung

Die besten Argumente zu diesem Punkt liefern einige Leserkommentare aus Zeit Online, die ein paar Fakten zurechtrücken. Demnach ist *Parität kein zuverlässiger Maßstab für Chancengleichheit*, und *Disparität zeigt nicht unbedingt Diskriminierung* an (außer in Extremfällen). Es ist eine unbewiesene

¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/gleichberechtigung-grundgesetz-artikel-3-buendnis-90-die-gruenen>

² <https://www.tagesspiegel.de/berlin/reaktion-auf-anschlag-in-hanau-berlin-gruendet-expertenkommission-gegen-antimuslimischen-rassismus/26930256.html>

³ <https://www.nzz.ch/international/ermittler-knacken-kriminellen-chats-polizei-gelingt-schlag-gegen-clan-szene-in-berlin-ld.1602666>

⁴ <https://www.jetzt.de/politik/hanau-rechtsextreme-gewalt-macht-weiße-menschen-nicht-wuetend-genug>

Annahme, dass alle psychologischen und sozialen Faktoren, die zu Disparitäten führen, das Resultat von systematischer Unterdrückung wären. Die grüne und linke Agenda hat dessenungeachtet den geheiligten Anspruch, alle gesellschaftlichen Faktoren, die zu Disparitäten führen, mit Mitteln der Politik zu beseitigen. *Dieser Anspruch ist totalitär.*

Und er ist total willkürlich. Weiterhin ist auch die Konzentration auf die *Würde von Gruppen* reine Willkür, denn die *Würde des Einzelnen* wird ja bereits vom Grundgesetz geschützt. Vielmehr dürfte es darauf hinauslaufen, dass Einzelne nicht mehr so gut geschützt sind, weil mächtige Gruppen sich gegenüber ihnen und schlechter gestellten Gruppen besser durchsetzen können - sowas nennt man kontraproduktiv.

Und noch ein Faktum, das an den Grundsätzen rührt: *Chancengleichheit ist noch lange nicht dasselbe wie soziale Gerechtigkeit.* Denn irgendwer muss ja die weniger begehrte Arbeit machen, und die ist schlecht bezahlt und mit prekären Arbeitsumständen verbunden. Statt an allen Ecken und Enden nach Diskriminierung zu schnüffeln, wäre der Aufwand besser in die Aufwertung der prekären Arbeit zu investieren.

Overhead

Weitere gute Argumente sprechen gegen noch mehr Ministerien. Es gibt jetzt schon genug Probleme mit der wachsenden Bürokratie. Es gibt jetzt schon genug gesetzliche Grundlagen für Beschwerden, genug Klagemöglichkeiten und genug Beauftragte. Forderungen nach neuen Ministerien und neuen Klagemöglichkeiten sind *genau die falschen Prioritäten*. Am Beispiel BER und an 1000 anderen Projekten sieht man, dass Verschlangung not tut und nicht weiteres Mästen der Bürokratie. In den Schulen sieht man, dass mehr Bildung vermittelt werden muss, statt zwischen religiösen Tabus und kulturministerieller Bürokratisierung zu lavieren.

Ein neues Ministerium bedeutet neue Verordnungen, neue Beauftragte, neue Kommissionen, neue Projekte, neue Gutachten, neue Berater, neue Stellen in der Verwaltung, neue Pfründe, neue Berichte jedes Jahr und neuen Streit - schließlich ist ja willkürlich, wer nun als diskriminiert gelten soll und wie er gefördert werden soll - auch die weißen alten Männer sind eine diskriminierte Gruppe.

Politische Willkür greift nicht nur beim Thema Chancengleichheit um sich. Sie grassiert in allen Disziplinen der Politik, bei der Behandlung der aktuellen Pandemie, beim Klimaschutz, bei der Migration, bei der Euro-Rettung und in vielen anderen Bereichen. Aber das ist ein anderes Thema. Die aufgezeigte grüne Willkür reicht ja allemal, besten Dank.
